

# Die Tätigkeit der Bank

Auch im vergangenen Jahr nahm die Bank wieder ihre traditionelle Aufgabe der Förderung der internationalen Währungszusammenarbeit wahr. Sie organisierte ein breites Spektrum von Sitzungen unter Zentralbanken und in internationalen Finanzkreisen zu wesentlichen Fragen der Geldpolitik und der Finanzstabilität und erstellte entsprechende Analysen. Die meisten dieser Sitzungen fanden in Basel statt, eine wachsende Zahl aber auch an anderen Orten, u.a. in der vor kurzem eröffneten Repräsentanz der BIZ für Asien und den Pazifik.

Die Bank war außerdem weiterhin Geschäftspartner von Zentralbanken bei deren Finanzgeschäften und nahm Funktionen als Agent und Treuhänder bei einer Vielzahl von Finanztransaktionen wahr. Im Verlauf des Jahres begann sie Dienstleistungen im Bereich Portfoliomanagement anzubieten und führte ein mittelfristiges Anlageinstrument (Medium-Term Instrument) ein, das den Zentralbanken eine längerfristige und liquide Anlagemöglichkeit bietet. Im Rahmen eines finanziellen Unterstützungsprogramms für Brasilien koordinierte die Bank darüber hinaus eine Kreditfazilität zugunsten des Banco Central do Brasil.

Dieses Kapitel gibt einen Überblick über die wichtigsten Tätigkeiten der Bank in diesen und anderen Bereichen im vergangenen Geschäftsjahr. Die weiter unten erwähnten Berichte sowie die Working Papers und Policy Papers der Bank sind auf der BIZ-Website ([www.bis.org](http://www.bis.org)) oder auf Anfrage in Papierform erhältlich.

## 1. Internationale Zusammenarbeit im Währungs- und Finanzbereich

Der wichtigste Beitrag der Bank zur Förderung der internationalen Zusammenarbeit im Währungs- und Finanzbereich sind die Vorbereitung und Organisation regelmäßiger Sitzungen hochrangiger Zentralbankvertreter und anderer offizieller Vertreter zu wesentlichen Themen des Finanzwesens. Diese Sitzungen, unterstützt jeweils von BIZ-Sekretariaten, lassen sich in vier Kategorien gliedern: regelmäßige Beratungen unter den Präsidenten und hochrangigen Mitarbeitern von Zentralbanken über Konjunktur- und Währungsfragen sowie über Fragen im Zusammenhang mit der Stabilität des Finanzwesens, Sitzungen der ständigen Expertenausschüsse, die Standards formulieren oder Empfehlungen zur bestmöglichen Praxis abgeben, um die Finanzstabilität zu verbessern, Sitzungen mit Vertretern eines erweiterten Kreises von nationalen Behörden und internationalen Organisationen, bei denen hauptsächlich Fragen der Finanzstabilität behandelt werden, sowie Sitzungen zu technischen Bereichen des Zentralbankgeschäfts.

### *Regelmäßige Beratungen über Währungs- und Finanzfragen*

Für die Beratungen unter Zentralbankpräsidenten stehen in der BIZ hauptsächlich drei Foren zur Verfügung: die traditionellen Sitzungen der Zentralbankpräsidenten

der Länder der Zehnergruppe (G10), Sitzungen in größerem Kreise, an denen die Präsidenten aller Aktionärszentralbanken der BIZ (und manchmal auch Gäste von bedeutenden anderen Zentralbanken) teilnehmen, sowie ein neues Forum, in dem eine begrenzte Zahl von Zentralbankpräsidenten der wichtigsten Industrieländer und aufstrebenden Volkswirtschaften zusammenkommt. Die regelmäßigen Sitzungen der G10-Notenbankpräsidenten sind ein zentraler Ort für Beratungen über die wirtschaftliche und finanzielle Lage. Drei wesentliche Themen dominierten die Sitzungen im Berichtsjahr: die Eingrenzung der Risiken, die die Krisen in Asien und anderen Regionen für die Weltwirtschaft darstellen, die Einführung des Euro sowie die Herausforderung, an unruhigen Finanzmärkten bei gleichzeitigen Anzeichen überhöhter Preise von Vermögenswerten Geldpolitik zu betreiben.

Geld- und finanzpolitische Fragen, die auf mittlere Sicht von Interesse und Bedeutung bleiben dürften, stehen im Mittelpunkt der regelmäßigen Sitzungen der Präsidenten aller Aktionärszentralbanken der BIZ. Im Berichtsjahr gehörten zu diesen Fragen u.a. die Konsequenzen der europäischen Währungsunion für die Geldpolitik, die Finanzmärkte und die Wechselkurse, die Beteiligung der Zentralbanken an der Überwachung von und der Aufsicht über Finanzinstitute, die Rolle von Rating-Agenturen an den Finanzmärkten sowie die Gestaltung und Handhabung von Sicherheitsnetzen für den Finanzsektor. Außerdem diskutierten die Gouverneure die Umsetzung der Geldpolitik im Rahmen verschiedener Wechselkurssysteme und die grundsätzlichen Herausforderungen, mit denen die Zentralbanken in den asiatischen und lateinamerikanischen Ländern nach den jüngsten Krisen konfrontiert sind. Darüber hinaus nahmen sie Stellung zum *Code of Good Practices on Transparency in Monetary and Financial Policies*, der derzeit vom IWF in Absprache mit der BIZ, deren Mitgliedszentralbanken und den Vertretern der ständigen Ausschüsse für Fragen der Finanzstabilität erarbeitet wird.

Seit Anfang 1999 veranstaltet die Bank ferner regelmäßige Sitzungen der Zentralbankpräsidenten der wichtigsten Industrieländer und aufstrebenden Volkswirtschaften. Das globale Ausmaß der Finanzkrise, die vor rund zwei Jahren in den aufstrebenden Volkswirtschaften begonnen hatte, hat die Notwendigkeit einer erweiterten Konsultation über die Gefahren für eine dauerhafte Stabilität deutlich gemacht. Unter anderem wurden bei diesen Sitzungen die Leistungsbilanz- und Wechselkursanpassungen nach den Finanzkrisen in Asien, das Tempo der Bankensanierung in den aufstrebenden Volkswirtschaften sowie die Risiken und Herausforderungen einer Aufblähung der Preise von Vermögenswerten bei gleichzeitigem deflationärem Druck an den Gütermärkten diskutiert. Ihrer weltweiten Ausrichtung entsprechend organisierte die Bank auch mehrere regionale Treffen hochrangiger Zentralbankvertreter. Im November 1998 war die Arbeitsgruppe für Geldpolitik in Lateinamerika Gast des Banco Central do Brasil, die jährliche Zusammenkunft der Arbeitsgruppe für Geldpolitik in Asien fand im März 1999 bei der BIZ-Repräsentanz in Hongkong statt. Die stellvertretenden Gouverneure der Zentralbanken der wichtigsten aufstrebenden Volkswirtschaften kamen im Dezember 1998 in Basel zu ihrer Jahrestagung zusammen, die sich mit Verfahren der Bankensanierung beschäftigte.

Darüber hinaus wurden in der Bank wieder die regelmäßigen Sitzungen von hochrangigen Zentralbankvertretern zu einer Vielzahl von Themen abgehalten.

Der Gold- und Devisenausschuß beobachtet die Entwicklung an den Devisenmärkten und konzentrierte sich im Berichtsjahr insbesondere auf die Einführung des Euro sowie auf das ordnungsgemäße Funktionieren der Märkte während der aufgetretenen Spannungen.

### *Sitzungen der ständigen Ausschüsse für Fragen der Finanzstabilität*

Die Bank stellte weiterhin die Sekretariate für mehrere ständige Ausschüsse, deren Arbeit der Förderung der Finanzstabilität dient. Der Basler Ausschuß für Bankenaufsicht befaßt sich mit dem sicheren Funktionieren des Bankensystems, der Ausschuß für das weltweite Finanzsystem (der frühere Ständige Ausschuß für Euromarktangelegenheiten) mit den zum internationalen Finanzsystem gehörenden Märkten und der Ausschuß für Zahlungsverkehrs- und Abrechnungssysteme mit der Infrastruktur, die die Finanzinstitute miteinander verbindet und das ordnungsgemäße Funktionieren der Märkte unterstützt. Diese Ausschüsse decken wichtige Elemente der drei tragenden Säulen des internationalen Finanzsystems ab – beteiligte Institute, Märkte und Infrastruktur – und vermitteln so ein umfassendes und zusammenhängendes Bild der laufenden Entwicklungen. Alle drei Ausschüsse sowie die BIZ selbst sind im Forum für Finanzstabilität vertreten, das vor kurzem auf Initiative der Finanzminister und Zentralbankpräsidenten der G7 errichtet wurde.

#### *Basler Ausschuß für Bankenaufsicht*

Der Basler Ausschuß für Bankenaufsicht hat in mehreren Bereichen, die für die Verbesserung der Stabilität des Finanzsektors von zentraler Bedeutung sind, erhebliche Fortschritte erzielt. Den Schwerpunkt seiner Tätigkeit im vergangenen Jahr bildete die Basler Eigenkapitalvereinbarung. Der Ausschuß hat die Eigenkapitalvereinbarung gründlich überprüft und arbeitet derzeit an der Fertigstellung eines Konsultationspapiers, in dem er seine Vorschläge für Änderungen der Vereinbarung darlegt, mit denen den Entwicklungen an den Finanzmärkten in den 11 Jahren seit der Veröffentlichung Rechnung getragen werden soll. Mit dieser Revision werden folgende Ziele angestrebt: i) weitere Förderung der Sicherheit und Solidität des Finanzsystems, ii) verbesserte Angleichung der Wettbewerbsbedingungen, iii) ein umfassenderer Ansatz zur Behandlung von Risiken und iv) weiterhin besondere Berücksichtigung international tätiger Banken, wengleich die Grundsätze einer revidierten Eigenkapitalvereinbarung für Banken unterschiedlicher Komplexität und technischer Finesse geeignet sein sollten. In der revidierten Eigenkapitalvereinbarung soll der Marktdisziplin und dem Prüfungsverfahren der Aufsichtsbehörden als unverzichtbaren Ergänzungen der Mindesteigenkapitalanforderungen großes Gewicht beigemessen werden.

Da eine gründliche Überarbeitung der Eigenkapitalvereinbarung wahrscheinlich mehrere Jahre in Anspruch nehmen wird, will der Ausschuß zwei parallele Ansätze für die quantitativen Eigenkapitalanforderungen entwickeln: einen revidierten Standardansatz, mit dem kritische Mängel der derzeitigen Vereinbarung behoben werden sollen, und – für Banken, die über hochentwickelte Systeme für die Kreditrisikoeinstufung verfügen – einen Alternativansatz, der auf den internen Rating-Systemen der Banken beruht. Der Ausschuß wird zudem die

Möglichkeit im Auge behalten, daß später einmal Kreditrisikomodelle für Zwecke der Aufsicht eingesetzt werden.

In den letzten beiden BIZ-Jahresberichten wurde die wachsende Bedeutung des Basler Ausschusses außerhalb seines G10-Mitgliederkreises beschrieben. Der Ausschuß arbeitete erneut eng mit Nicht-G10-Aufsichtsbehörden, dem IWF und der Weltbank zusammen, um die Finanzsysteme der aufstrebenden Volkswirtschaften zu stärken, vor allem durch eine Förderung der Umsetzung der *Grundsätze für eine wirksame Bankenaufsicht*, deren endgültige Fassung im September 1997 herausgegeben wurde. Eine Erhebung zum Stand der Umsetzung dieser Grundsätze anlässlich der Vorbereitung der Internationalen Konferenz der Bankenaufsichtsbehörden von 1998 (s. unten) wies auf mehrere Bereiche hin, in denen die *Grundsätze* noch genauer ausformuliert werden müssen. Daran arbeitet die Core Principles Liaison Group des Basler Ausschusses, in der rund 20 G10-Länder und aufstrebende Volkswirtschaften sowie der IWF und die Weltbank vertreten sind. Damit die Umsetzung der *Grundsätze* besser gefördert und überwacht werden kann, entwickelt diese Kontaktgruppe derzeit zusätzliche Methoden für die Festlegung detaillierter Kriterien, anhand deren die Umsetzung in den einzelnen Ländern beurteilt werden kann.

Seit dem letzten Jahresbericht hat der Ausschuß zahlreiche Grundsatzpapiere zu einem breiten Themenspektrum veröffentlicht, u.a. über die Transparenz im Bankwesen (September 1998), die internen Kontrollsysteme von Bankinstituten (September 1998), die Bilanzierung von Krediten (Oktober 1998), das Management des Betriebsrisikos (Oktober 1998), die Offenlegung des Handels- und Derivatengeschäfts (November 1998), die Jahr-2000-Notfallplanung (Januar 1999), die Geschäftsbeziehungen zwischen Banken und Instituten mit hoher Risiko/Eigenkapital-Relation (Januar 1999), die Aufsicht über Finanzkonglomerate (Februar 1999) und die Entwicklung von Modellen für das Kreditrisiko (April 1999). In den meisten dieser Berichte werden den Banken und Bankenaufsichtsbehörden sachgerechte Verfahren empfohlen. Im Januar 1999 wurde eine aktualisierte Version des umfassenden Kompendiums von Dokumenten des Basler Ausschusses über die Verfahren und Methoden der Bankenaufsicht herausgegeben.

Der Basler Ausschuß hat seine Beziehungen zu Aufsichtsbehörden in aller Welt sowie deren Beziehungen untereinander weiter entwickelt. Er übernahm die Trägerschaft für die 10. Internationale Konferenz der Bankenaufsichtsbehörden, die im Oktober 1998 auf Einladung der Reserve Bank of Australia und der Australian Prudential Regulation Authority in Sydney stattfand. Die beiden Hauptthemen waren die Umsetzung der *Grundsätze für eine wirksame Bankenaufsicht* und das Betriebsrisiko. Ferner wurde eine Podiumsdiskussion über Jahr-2000-Probleme abgehalten. Rund 250 Delegierte aus 120 Ländern nahmen an der Konferenz teil. Der Ausschuß arbeitet außerdem nach wie vor eng mit den regionalen Bankenaufsichtsruppen in aller Welt zusammen.

#### *Ausschuß für das weltweite Finanzsystem*

Seit dem Frühjahr 1998 arbeitet der Ausschuß für das weltweite Finanzsystem parallel in zwei Bereichen: Zum einen überwacht und analysiert er die Entwicklung an den internationalen Finanzmärkten, und zum anderen untersucht er

strukturelle Fragen im Zusammenhang mit der Stabilität des Finanzsystems und prüft mögliche Reaktionen von offizieller Seite.

Nach der Asien-Krise beobachtete der Ausschuß das Geschehen sorgfältig und analysierte die im Hinblick auf verschiedene Bereiche zu ziehenden Lehren: i) mögliche Verbesserungen der Transparenz, ii) Verhalten der internationalen Kapitalströme, iii) Wirksamkeit der internationalen Unterstützungsaktionen und iv) Management der Länderrisiken international tätiger Banken. Diese Arbeit mündete in einen Bericht, der im Mai 1998 den G10-Zentralbankpräsidenten vorgelegt wurde, sowie in einen im Oktober 1998 fertiggestellten Bericht, in dem die Verwendung von Informationen bei den Entscheidungen von Banken, die Kredite an aufstrebende Volkswirtschaften vergeben, untersucht wurde. Außerdem verstärkte der Ausschuß seine regelmäßige Überwachung der Entwicklungen im weltweiten Finanzsystem und in einzelnen Ländern, um mögliche Schwachstellen aufzudecken.

Im Rahmen seiner längerfristigen Arbeit zur Förderung der Stabilität des Finanzsystems erstattete der Ausschuß im Juli 1998 gemeinsam mit den anderen in Basel ansässigen Ausschüssen den G10-Zentralbankpräsidenten darüber Bericht, inwieweit die Entwicklung internationaler Normen oder Standards in mehreren Bereichen wünschenswert und durchführbar ist. Ein großer Teil der Arbeit des Ausschusses im Berichtszeitraum betraf zwei solcher Bereiche, nämlich die Förderung tiefer und liquider Märkte sowie die Transparenz.

Zur Förderung tiefer und liquider Märkte verfaßte der Ausschuß drei Berichte. Einer davon, erstellt von einer gemeinsamen Arbeitsgruppe des Ausschusses für das weltweite Finanzsystem und des Ausschusses für Zahlungsverkehrs- und Abrechnungssysteme, untersuchte Abwicklungsverfahren und Risikomanagement-Praktiken an den Märkten für außerbörsliche Derivate und identifizierte weitere Schritte zur Risikominderung (September 1998). Ein zweiter Bericht befaßte sich mit der Struktur und der Funktionsweise der Märkte für Wertpapierpensionsgeschäfte in mehreren Industrieländern und im Euro-Raum, betrachtete ihre potentiellen Systemwirkungen und skizzierte die Voraussetzungen für eine angemessene Entwicklung dieser Märkte (März 1999). Die dritte Studie behandelte die Determinanten der Marktliquidität aus theoretischer und empirischer Sicht, gab einen Überblick über die Merkmale etablierter Märkte für Staatspapiere und zog vorläufige Schlüsse hinsichtlich der Voraussetzungen für die Sicherstellung liquider Märkte (April 1999).

Die schon abgeschlossene oder noch laufende Arbeit zur Transparenz unterteilt sich in drei Bereiche: Überwachung der Verbesserung der BIZ-Statistiken zum internationalen Bank- und Derivatengeschäft, Förderung vermehrter Verbreitung von Informationen über Währungsreservepositionen sowie Erhöhung der Transparenz der Finanzgeschäfte von Marktteilnehmern generell.

Seit der Asien-Krise hat der Ausschuß in enger Zusammenarbeit mit den Statistikexperten der BIZ und ihrer Mitgliedszentralbanken mehrere Schritte unternommen, um Aktualität, Qualität und Erfassungsbereich der konsolidierten BIZ-Statistiken zum internationalen Bankgeschäft zu verbessern. Im März 1999 publizierten BIZ, IWF, Weltbank und OECD erstmals gemeinsam eine Reihe von Meßgrößen zur Auslandsverschuldung von Ländern aus der Sicht der Gläubiger. Im Dezember 1998 veröffentlichte die BIZ die erste Ausgabe einer neuen

regelmäßigen Halbjahresstatistik über die Derivatmärkte, die in einem Bericht des Ausschusses von 1996 angeregt worden war.

Um Mängel der vorhandenen Informationen über das bilanzwirksame und außerbilanzielle Geschäft der Zentralbanken und anderer öffentlicher Stellen zu beheben, gab der Ausschuß im Oktober 1998 ein Modell für eine umfassende Offenlegung von offiziellen Währungsreserven und ihrer potentiellen Belastungsfaktoren heraus. Nach einigen Verbesserungen und nach Abstimmung mit dem IWF wurde dieses Modell im März 1999 Bestandteil des Special Data Dissemination Standard des IWF.

Drei Arbeitsgruppen, von denen zwei auch Vertreter aufstrebender Volkswirtschaften umfassen, untersuchen weitere Wege zur Verbesserung der Transparenz der Geschäfte von Finanzmarktteilnehmern. Ausgehend von einem früheren Bericht des Ausschusses aus dem Jahr 1994 befaßt sich die erste Gruppe mit der Offenlegungspraxis der einzelnen Finanzinstitute. Die zweite Gruppe prüft, welche Art aggregierter Informationen für ein besseres Funktionieren der Märkte nützlich wäre. Diese Bemühungen ergänzen auf sinnvolle Weise die Arbeit des Basler Ausschusses für Bankenaufsicht in ähnlichen Gebieten, wie z.B. dessen kürzlich erschienenen Bericht über Geschäftsbeziehungen zwischen Banken und Instituten mit hoher Risiko/Eigenkapital-Relation. Die dritte Arbeitsgruppe untersucht die Krisentestverfahren großer, international tätiger Banken.

Im Februar 1999 änderten die G10-Zentralbankpräsidenten den Namen des Ausschusses und aktualisierten sein Mandat, da sich der Schwerpunkt seiner Arbeit in den letzten Jahren gewandelt hat. Das neue Mandat betont die Rolle des Ausschusses bei der Überwachung der Entwicklung an den weltweiten Finanzmärkten und in den einzelnen Volkswirtschaften, hebt die Förderung der Finanzmarktstabilität hervor und fordert eine genaue Prüfung der Verbindung zwischen Währungs- und Finanzstabilität.

#### *Ausschuß für Zahlungsverkehrs- und Abrechnungssysteme*

Der Ausschuß für Zahlungsverkehrs- und Abrechnungssysteme setzte seine Bemühungen zur Förderung solider Zahlungsverkehrs- und Abwicklungssysteme und damit zur Stärkung der Finanzmarktinfrastruktur und Verringerung des Systemrisikos fort. Er baute seine Zusammenarbeit mit anderen internationalen Gremien aus und bezieht eine ständig wachsende Zahl von Nicht-G10-Zentralbanken in seine Arbeit ein.

Seit der Veröffentlichung seines Berichts über das Erfüllungsrisiko im Devisenhandel im Juli 1998 überwacht und fördert der Ausschuß weiterhin entsprechende Bemühungen des privaten Sektors. Er pflegt einen fortlaufenden Dialog mit verschiedenen Gruppen des privaten Sektors, die an der Gestaltung und Verbesserung von Systemen zur Verringerung des Erfüllungsrisikos im Devisenhandel beteiligt sind. Außerdem arbeitet er eng mit dem Basler Ausschuß für Bankenaufsicht zusammen, um Empfehlungen für Aufsichtsbehörden in diesem Bereich zu entwickeln.

Gemeinsam mit der International Organization of Securities Commissions (IOSCO) fördert der Ausschuß auch weiterhin eine höhere Transparenz in den Abwicklungssystemen für Wertpapiergeschäfte, insbesondere durch die Umsetzung des im Februar 1997 erschienenen *Disclosure Framework for Securities Settlement Systems*. Inzwischen legen zahlreiche solcher Systeme in der ganzen

Welt Informationen über ihre Eigentümerstruktur, ihre Verwahr-, Clearing- und Abwicklungsgeschäfte sowie ihre Risikomanagement-Verfahren offen.

Eine von der IOSCO und dem Ausschuß gemeinsam eingesetzte Arbeitsgruppe für die Wertpapierleihe ist dabei, einen Bericht abzuschließen, in dem die Bedeutung der Wertpapierleihe und ähnlicher Transaktionen für Wertpapieraufsichtsorgane und Zentralbanken analysiert wird. Insbesondere werden auch die Auswirkungen solcher Transaktionen auf die Clearing- und Abwicklungssysteme für Wertpapiergeschäfte untersucht. Die Arbeitsgruppe besteht aus Vertretern von Zentralbanken und Wertpapieraufsichtsorganen aus G10-Ländern und aufstrebenden Volkswirtschaften. Der Bericht wird voraussichtlich die Vorgehensweise der Marktteilnehmer bei der Wertpapierleihe, die Wirkung der wirtschaftlichen, rechtlichen und regulativen Rahmenbedingungen auf das Wertpapierleihegeschäft sowie die Risiken bei der Abwicklung solcher Geschäfte untersuchen.

Die Arbeitsgruppe für den Massenzahlungsverkehr analysiert Trends in der Verwendung von Massenzahlungsinstrumenten und den damit verbundenen Clearing- und Abwicklungssystemen. Mit einer besseren Kenntnis des Massenzahlungsgeschäfts werden die Zentralbanken angemessener beurteilen können, welche Herausforderungen die Innovationen in diesem Bereich für sie darstellen. Im Hinblick auf elektronisches Geld verfolgt der Ausschuß – durch sein Sekretariat in der BIZ – weiterhin die weltweite Entwicklung bei karten- und netzwerkgestützten Produkten.

Der Ausschuß hat seine Zusammenarbeit mit nicht der Zehnergruppe angehörenden Zentralbanken weiter ausgebaut. Mit Unterstützung des Ausschußsekretariats arbeiten einzelne Zentralbanken oder regionale Gruppierungen von Zentralbanken an Veröffentlichungen über die Zahlungsverkehrssysteme in ihrem Land bzw. ihrer Region. Ferner unterstützt der Ausschuß eine wachsende Zahl von Workshops und Seminaren über den Zahlungsverkehr, die von der BIZ gemeinsam mit regionalen Zentralbankgruppen organisiert werden.

Auf unterschiedliche Weise arbeitet der Ausschuß auch mit anderen Organisationen zusammen. Er ist eines der vier Ex-officio-Mitglieder des Gemeinsamen Jahr-2000-Rates, dessen Aufgabe es ist, die Risiken im Zusammenhang mit dem Jahr-2000-Problem zu vermindern (s. unten). Die Zusammenarbeit mit Nicht-G10-Zentralbanken und anderen internationalen Organisationen erfolgt schwerpunktmäßig im Rahmen der derzeitigen Bemühungen, Grundsätze für die Gestaltung und den Betrieb von Zahlungsverkehrssystemen zu erarbeiten. An diesen Grundsätzen arbeitet eine Task Force, die sich aus Vertretern der G10-Zentralbanken und ebenso vieler Nicht-G10-Zentralbanken sowie der Europäischen Zentralbank (EZB), des IWF und der Weltbank zusammensetzt. Die Grundsätze sollen Zentralbanken, Systembetreibern und internationalen Organisationen dabei helfen, die Sicherheit und Leistungsfähigkeit von Zahlungsverkehrssystemen zu verbessern, und damit weltweit die Infrastruktur der Finanzmärkte stärken.

### *Breiter angelegte internationale Zusammenarbeit*

#### *Beiträge der BIZ zur Arbeit der Zehnergruppe*

Wie bisher war die BIZ an der Arbeit der G10-Finanzminister und -Zentralbankpräsidenten, ihrer Stellvertreter und der unter ihrer Schirmherrschaft

geschaffenen Arbeitsgruppen beteiligt. Im Berichtszeitraum konzentrierte sich die Zehnergruppe speziell auf Verbesserungen in den Bereichen Krisenprävention und Krisenmanagement. Die Finanzminister und Zentralbankpräsidenten betonten die Wichtigkeit einer rechtzeitigen und umfassenden Einbeziehung des privaten Sektors in die Bewältigung internationaler Finanzkrisen. Wegen der Zunahme privater Kapitalströme in die aufstrebenden Volkswirtschaften während der letzten 10 Jahre, der Verschiebung in der Zusammensetzung von Portfolioinvestitionen zugunsten verbrieftter Schulden sowie des mit staatlicher Finanzierung verbundenen „moral hazard“ ist es weder wünschenswert noch machbar, internationale Finanzkrisen ohne Beteiligung des privaten Sektors zu lösen. Derzeit werden mehrere Wege für eine solche Beteiligung geprüft; hierzu gehören die Verbesserung der Beziehung zwischen Gläubigern und Schuldern, ein vermehrter Einsatz von bedingten Kreditlinien sowie die Aufnahme von Sammelklauseln in Anleihevereinbarungen.

#### *Beiträge der BIZ zur Reform der internationalen Finanzarchitektur*

Gemeinsam mit anderen internationalen Finanzinstitutionen und Organisationen arbeitet die BIZ aktiv an der Reform der internationalen Finanzarchitektur. Ein bedeutender Teil dieser Arbeit im Berichtszeitraum war die Fertigstellung von drei Berichten über die internationale Finanzarchitektur durch Arbeitsgruppen, die sich aus Vertretern von Zentralbanken und Finanzministerien von Industrieländern und aufstrebenden Volkswirtschaften zusammensetzten.

Die Arbeitsgruppe für Transparenz und Rechenschaftspflicht befaßte sich mit der Frage, wie Transparenz und Rechenschaftspflicht zur Verbesserung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit beitragen können und welche Informationen erforderlich sind, damit diese Verbesserungen wirksam werden können. Die Arbeitsgruppe für die Stärkung der Finanzsysteme suchte nach einem Konsens zu Grundsätzen und Strategien, die die Entwicklung eines stabilen und effizienten Finanzsystems fördern, und zeigte Möglichkeiten auf, die Zusammenarbeit und Koordination unter den nationalen und internationalen Gremien im Bereich Finanzstabilität zu verbessern. Die Arbeitsgruppe für internationale Finanzkrisen erarbeitete Grundsätze und prüfte Strategien, die bei der Verhütung von internationalen Finanzkrisen helfen sowie eine geregelte und gemeinschaftliche Bewältigung möglicher zukünftiger Krisen erleichtern könnten. Die Empfehlungen der Arbeitsgruppen wurden von den Finanzministern und Zentralbankpräsidenten von 26 Ländern anlässlich der Jahrestagungen von IWF und Weltbank 1998 gebilligt.

Seit der Veröffentlichung der Berichte der Arbeitsgruppen ist das Gespräch über die Stärkung der internationalen Finanzarchitektur fortgesetzt worden. Auf Initiative der G7 kamen hochrangige Vertreter von 33 Ländern in Bonn und Washington zusammen, um über Themen zu diskutieren, die von der Aufrechterhaltung tragfähiger Wechselkurssysteme über Vorschläge zur Stärkung des IWF und der Weltbank bis hin zu Vorgehensweisen für die Minimierung der sozialen Folgen von Krisen reichten. Darüber hinaus wurde ein Forum für Finanzstabilität geschaffen, um die internationale Zusammenarbeit bei Maßnahmen zur Stärkung der Finanzsysteme zu verbessern. Das Forum soll Probleme und Schwachstellen des globalen Finanzsystems untersuchen sowie die notwendigen Schritte zu deren Behebung ermitteln und überwachen. Die BIZ und andere internationale Finanz-



institutionen und Organisationen nehmen an den Sitzungen des Forums teil und stellen außerdem gemeinsam die Sekretariatsleistungen.

#### *International Association of Insurance Supervisors*

Seit seiner Schaffung im Januar 1998 ist das Sekretariat der International Association of Insurance Supervisors (IAIS, Internationale Vereinigung der Versicherungsaufsichtsbehörden) bei der BIZ angesiedelt. Ähnlich wie der Basler Ausschuß für Bankenaufsicht, aber im Bereich der Versicherungsaufsicht tätig, will die IAIS durch eine Verbesserung der Aufsicht über das Versicherungswesen zur weltweiten Finanzstabilität beitragen. Hierzu zählen die Erarbeitung zweckmäßiger Normen für die Versicherungsaufsicht, Vorkehrungen für einen gegenseitigen Beistand und der Erfahrungsaustausch unter den Mitgliedern.

Zusätzlich zu den schon bestehenden Papieren – den IAIS-Grundsätzen, dem Versicherungskonkordat, den Empfehlungen zur Versicherungsaufsicht in aufstrebenden Volkswirtschaften und der Mustervereinbarung – gab die IAIS 1998 internationale Standards für die Zulassung von Versicherungsgesellschaften, Prüfungen vor Ort und die Verwendung von Derivaten heraus. Im Februar 1999 veröffentlichte sie gemeinsam mit anderen internationalen Aufsichtsinstanzen Grundsatzpapiere zur Jahr-2000-Notfallplanung und zur Aufsicht über Finanzkonglomerate. Zur Zeit arbeitet sie an Grundsätzen und Standards auf den Gebieten der Solvenzregelung, der Anlagevorschriften, der Bilanzierung im Versicherungswesen, des elektronischen Handels, des Marktverhaltens von Versicherungsgesellschaften sowie der Rückversicherung. Ferner will sie das Versicherungskonkordat ausweiten, so daß nicht nur die Auslandsniederlassungen, sondern auch die grenzüberschreitenden Dienstleistungen international tätiger Versicherungsgesellschaften erfaßt werden.

Die IAIS organisierte mehrere Schulungsprogramme und stellte Schulungsmaterial für Versicherungsaufsichtsbehörden bereit, um ihren Mitgliedern bei der Einhaltung der IAIS-Aufsichtsgrundsätze und -standards zu helfen. Seit dem vergangenen Jahr organisierte sie regionale Schulungsseminare für Mitarbeiter der Versicherungsaufsicht in Polen (März 1998), Südafrika (Juli 1998) und Singapur (Februar 1999).

Die IAIS wirkt aktiv in dem neu geschaffenen Forum für Finanzstabilität mit, um die Koordination mit anderen internationalen Finanzgremien und nationalen Aufsichtsorganen des Finanzsektors zu verstärken.

#### *Gemeinsamer Jahr-2000-Rat*

Die potentiellen Risiken für IT-Systeme im Zusammenhang mit dem Jahr-2000-Datumswechsel beschäftigen wichtige Entscheidungsträger in aller Welt. Seit seiner Errichtung im April 1998 hat der Gemeinsame Jahr-2000-Rat zusammen mit seinen Gründern (Basler Ausschuß für Bankenaufsicht, Ausschuß für Zahlungsverkehrs- und Abrechnungssysteme, IAIS und IOSCO) eine Reihe von Initiativen ergriffen, um die Finanzmarktbehörden zu veranlassen, sich des Problems anzunehmen. Ein wesentliches Ziel ist die Verbesserung der Koordination hinsichtlich wichtiger Jahr-2000-Grundsatzfragen unter Aufsichtsbehörden weltweit sowie zwischen dem öffentlichen und dem privaten Sektor. Dem Rat steht ein Sekretariat zur Seite, das von der BIZ gestellt wird.

Der Rat tritt regelmäßig zusammen, um zahlreiche Bereiche zu erörtern und entsprechende Empfehlungen zu erarbeiten. Er hält ferner regelmäßige Sitzungen mit seinem Externen Konsultativkomitee ab, um sich bei den zahlreichen dort vertretenen repräsentativen internationalen Organisationen des privaten und öffentlichen Sektors über die laufenden Entwicklungen und neu auftretende Bedenken zu informieren. In Zusammenarbeit mit seinen Mitgliedsinstitutionen und mit deren Unterstützung organisierte der Rat mehrere regionale Zusammenkünfte. Rund 400 Aufsichtsbeamte aus 100 Ländern nahmen an diesen Treffen teil, die Ende 1998/Anfang 1999 in Asien, Europa, Nord- und Südamerika, im Nahen Osten und in Afrika stattfanden. In Zusammenarbeit mit dem privaten Sektor organisierte der Rat darüber hinaus ein Treffen auf hoher Ebene zwischen wichtigen Aufsichtsinstanzen und Führungskräften von an den internationalen Finanzmärkten tätigen Unternehmen; dabei wurden die Fortschritte bei den Lösungsprogrammen sowie mögliche Strategien zur Risikominderung besprochen.

Die vom Rat herausgegebenen Grundsatzpapiere behandeln eine Reihe von Themen, z.B. Umfang und Konsequenzen des Jahr-2000-Problems, Bedeutung interner und externer Testprogramme, Vorzüge einer besseren Offenlegung und eines verstärkten Informationsaustausches sowie Notfallplanung. Das Sekretariat des Rates gibt außerdem ein regelmäßiges Bulletin heraus, in dem bestimmte Fragen untersucht und offizielle Initiativen in verschiedenen Regionen beschrieben werden. Die Publikationen des Rates erreichen insgesamt über 1 000 Aufsichtsorgane in 170 Ländern.

Der Rat will weiterhin eine Plattform für den Informationsaustausch unter Finanzmarktbehörden in aller Welt bieten und bei der Erarbeitung einschlägiger Empfehlungen Unterstützung leisten. Die Bedenken nehmen zu, daß in den Monaten vor dem Jahreswechsel die Risiken möglicher Störungen wegen des Jahr-2000-Problems zur Unsicherheit an den Finanzmärkten und einer damit verbundenen Volatilität beitragen könnten. Zusammen mit seinen Gründungsgremien und anderen einschlägigen in Basel ansässigen Ausschüssen will der Rat die Jahr-2000-Entwicklungen genau beobachten und – gegebenenfalls gemeinsam mit Vertretern des privaten Sektors – mögliche risikomindernde Maßnahmen, Krisenmanagementverfahren und Strategien für die Öffentlichkeitsarbeit prüfen.

## *Weitere Formen der Zusammenarbeit unter Zentralbanken*

### *Koordinationsdienste für Zentralbanken und Internationale Organisationen*

Die Zusammenarbeit zwischen der BIZ, den bei ihr angesiedelten Ausschüssen und verschiedenen regionalen Zusammenschlüssen von Zentralbanken verstärkte sich im Berichtszeitraum. Die regionalen Zusammenschlüsse – insbesondere CEMLA (Centro de Estudios Monetarios Latinoamericanos), EMEAP (Executive Meeting of East Asian and Pacific Central Banks), SEACEN (South-East Asian Central Banks), SAARC (South Asian Association for Regional Cooperation), GCC (Gulf Cooperation Council) und SADC (Southern African Development Community) – halfen der BIZ und den in Basel ansässigen Ausschüssen, den Zentralbanken ihrer jeweiligen Region Standards und empfehlenswerte Praktiken nahezubringen. Die BIZ und die in Basel ansässigen Ausschüsse führten mit

verschiedenen der regionalen Gruppierungen eine wachsende Zahl gemeinsamer Seminare zu den Themen Bankenaufsicht, Zahlungsverkehrs- und Abwicklungssysteme sowie Währungs- und Finanzstabilität durch.

Dem Schulungsbedarf der Volkswirtschaften im Übergang wurde weiterhin im Rahmen des Joint Vienna Institute Rechnung getragen. Seit seiner Gründung im Herbst 1992 haben über 10 000 Teilnehmer, meist aus dem öffentlichen Sektor, die Kurse und Seminare des JVI besucht. Das Mandat des Instituts wurde von den fünf internationalen Trägerorganisationen (BIZ, EBRD, IWF, OECD und Weltbank) – zu denen im Januar 1999 die Welthandelsorganisation (WTO) hinzukam – für weitere fünf Jahre bis Mitte 2004 verlängert. Die Seminare, die von der BIZ organisiert wurden, in die aber auch Beiträge von Zentralbanken und anderen Organisationen einfließen, befaßten sich mit Bankenaufsicht, Zahlungsverkehrs- und Abwicklungssystemen, Währungs- und Finanzstabilität, Rechtsfragen sowie der Verwaltung der Währungsreserven.

#### *Expertengruppe für Fragen monetärer und ökonomischer Datenbanken*

Die Expertengruppe für Fragen monetärer und ökonomischer Datenbanken widmete ihre Aufmerksamkeit erneut vorrangig den Herausforderungen im Zusammenhang mit dem Jahr 2000, der Währungsunion in Europa sowie Schritten zur Erweiterung eines sicheren elektronischen Informationsaustausches unter den Zentralbanken, der Daten, Dokumente und Unterstützung für Konferenzen und Arbeitsgruppen umfaßt. Mit einer kleinen Gruppe von Zentralbanken wurde erfolgreich ein Pilotprojekt durchgeführt; es bot die Möglichkeit, wesentliche Geschäfts- und Technologiefragen zu untersuchen, die in die Bereitstellung neuer Informationsdienstleistungen für Zentralbanken durch die BIZ münden könnten. Ein spezieller Workshop zur technischen Koordination wurde abgehalten, um Details zu überprüfen und einen Gedankenaustausch zu einer Vielfalt von Themen zu ermöglichen; dazu gehörten das Jahr 2000 und die damit verbundenen Änderungen der Datenaustauschsysteme und -formate für die BIZ-Datenbankteilnehmer, Fragen des Umfangs statistischer Datenproduktion im Zusammenhang mit der Einführung des Euro sowie Alternativen, die sich aus dem Pilotprojekt ergaben. Die Zentralbanken bestärkten die BIZ darin, die Einführung der erweiterten elektronischen Informationsdienste voranzutreiben und eine sichere und zuverlässige Produktionsplattform bereitzustellen, um dieses Ziel möglichst bald zu erreichen.

#### *Ausschuß der EDV-Fachleute*

Die Diskussionen des Ausschusses der EDV-Fachleute befaßten sich im Berichtsjahr vor allem mit den Vorbereitungsarbeiten der IT-Abteilungen der Zentralbanken für die Einführung des Euro und für das Jahr 2000. Nachdem die Euro-Einführung erfolgreich verlaufen ist, bestehen jetzt umfassende Programme, um sicherzustellen, daß die für den Zahlungsverkehr, für Abwicklungen und für andere Funktionen verwendeten IT-Systeme rechtzeitig und umfassenden internen und externen Jahr-2000-Tauglichkeitstests unterzogen werden.

Die Zentralbanken setzen immer häufiger die Internet-Technologie ein, um Informationen in erheblichem Umfang an die verschiedensten Kreise abzugeben, u.a. beim hausinternen Informationsaustausch, beim Austausch von ökonomischen

und statistischen Daten mit Universitäten und Forschungsinstituten sowie beim Informationsaustausch untereinander oder mit der Öffentlichkeit mittels Websites. Der Ausschuß diskutierte, wie die Verwendung dieser Technologie in den Zentralbanken erleichtert werden könnte und welche Maßnahmen ergriffen werden müßten, um die Risiken anzugehen, die mit dem Anschluß interner IT-Systeme an das Internet verbunden sind, insbesondere hinsichtlich der Vertraulichkeit von Daten und der Verfügbarkeit der Systeme. In diesem Zusammenhang prüfte der Ausschuß auch neue technologische Entwicklungen wie virtuelle private Netze, digitale Signaturen und Public-Key-Infrastrukturen.

### *Repräsentanz für Asien und den Pazifik*

Im Juli 1998 etablierte sich die Bank erstmals außerhalb der Schweiz und eröffnete in der Sonderverwaltungsregion Hongkong der Volksrepublik China eine Repräsentanz für Asien und den Pazifik. Diese Repräsentanz soll den Informationsaustausch und die Zusammenarbeit unter den Zentralbanken und Währungsbehörden der Region sowie zwischen ihnen und Zentralbanken in der übrigen Welt weiter verbessern. Außerdem werden die Zentralbanken der Region auf diese Weise enger in die Arbeit der Bank einbezogen. Hinsichtlich des Bankgeschäfts dient die Repräsentanz dazu, die Geschäftsbeziehungen der Bank mit regionalen Zentralbankkunden zu fördern; ferner trägt sie zu den Forschungsarbeiten und den Analysen der Bank über Finanz- und Wirtschaftsentwicklungen in der Asien-Pazifik-Region bei.

Seit der Eröffnung der Repräsentanz kommen dort Zentralbankvertreter aus der Region und aus anderen Regionen zu Sitzungen zusammen. Bei einem Treffen von Mitarbeitern der Reservenverwaltung, bei dem auch die EZB vertreten war, wurden die Vorbereitungen und Aussichten für den Euro diskutiert. Im Januar erörterten Zentralbankpräsidenten in einer Sondersitzung Aspekte der Bankensanierung, wobei Erfahrungen aus Europa und dem amerikanischen Kontinent diskutiert wurden. Ein Treffen von leitenden Verantwortlichen an Devisenmärkten aus der Region sowie aus West- und Mitteleuropa, Afrika und Nordamerika hatte die Devisenhandelsstrategien von Finanzinstituten mit hoher Risiko/Eigenkapital-Relation zum Thema.

### *Institut für Finanzstabilität*

Im letztjährigen Jahresbericht wurde über die Gründung des Instituts für Finanzstabilität berichtet, eine gemeinsame Initiative der Bank und des Basler Ausschusses für Bankenaufsicht angesichts der Notwendigkeit, weltweit die Finanzsysteme zu stärken. Der erste Vorsitzende des Instituts, John Heimann, trat sein Amt am 1. Februar 1999 an. Das Institut wird sich zunächst vorrangig mit der Stärkung der Finanzsysteme und -institute befassen; dabei wird es sich anfangs auf Banken konzentrieren und dann schrittweise auch Wertpapierhändler und Versicherungsgesellschaften einbeziehen, da die Grenzen zwischen diesen drei Sektoren immer fließender werden. Es ist geplant, Seminare zu veranstalten, bei denen die Leiter von Aufsichtsorganen aus aufstrebenden Volkswirtschaften mit den Leitern entsprechender Behörden aus führenden Industrieländern sowie

erfahrenen Teilnehmern des Finanzsektors zusammenarbeiten werden; angestrebt wird dabei, durch Anwendung der *Grundsätze für eine wirksame Bankenaufsicht* bessere Finanzstrukturen zu schaffen und durchzusetzen. Das Institut arbeitet eng mit dem Toronto International Leadership Centre for Financial Sector Supervision zusammen, das unter der Trägerschaft der Weltbank und der kanadischen Regierung steht. Ab Juni sollen in Basel und Toronto gemeinsame Seminare auf dem breiteren Gebiet der Stärkung der Aufsichtskapazitäten sowie Workshops zu Themen wie Marktrisiko und Risikomanagement organisiert werden.

Für Aufsichtsbeamte der mittleren Ebene ist ein umfassendes Schulungsprogramm geplant, das in Form von Seminaren sowohl in Basel als auch in jeder der großen Regionen der Welt durchgeführt werden soll. Eine Zusammenarbeit mit der Weltbank, dem IWF und den Zentralbanken wird ins Auge gefaßt.

## 2. Die Bank als Agent und Treuhänder

Im abgelaufenen Geschäftsjahr übte die Bank weiterhin verschiedene Aufgaben als Agent und Treuhänder im Zusammenhang mit internationalen Zahlungsausgleichsfunktionen aus.

### *Agent des Verrechnungs- und Saldenausgleichssystems für private ECU*

Nach der Einführung des Euro am 1. Januar 1999 wurde das Verrechnungs- und Saldenausgleichssystem für private ECU vom neuen Euro-Verrechnungssystem der Euro Banking Association (EBA) in Paris abgelöst. Die Tätigkeit der BIZ als Agent für das Verrechnungs- und Saldenausgleichssystem für private ECU sowie die entsprechende Vereinbarung zwischen BIZ und EBA endeten zum 31. Dezember 1998.

Die BIZ war seit Oktober 1986 als Agent für das ECU-Verrechnungssystem tätig gewesen. Aufbau und Funktionsweise dieses Systems sind im 56. Jahresbericht vom Juni 1986 beschrieben. Die Zahl der Clearing-Banken hatte im Laufe der Jahre stetig zugenommen; im Sommer 1998 erhielten 11 weitere Banken von der EBA diesen Status, während 5 Banken aus dem System ausschieden. Zum Zeitpunkt des Wechsels zum neuen Euro-Verrechnungssystem gab es somit 62 Clearing-Banken.

### *Treuhänder für internationale Staatsanleihen*

Im Zusammenhang mit den Fundierungsschuldverschreibungen 1990–2010 aus der Dawes- und der Young-Anleihe teilte die Deutsche Bundesbank als Zahlungsagent für sämtliche stückelosen Schuldverschreibungen aller Tranchen der Dawes- und der Young-Anleihe der Bank mit, daß sie am Fälligkeitsdatum 3. Oktober 1998 rund DM 3,5 Mio. an Tilgungszahlungen sowie an den Fälligkeitsdaten 3. April und 3. Oktober 1998 DM 7,0 Mio. an Zinsen und Zinsrückständen an die Inhaber der Schuldverschreibungen ausbezahlt hat. Die neu berechneten Einlösungswerte und Umrechnungsfaktoren für die genannten Zinsfälligkeiten wurden von der Bundes-schuldenverwaltung im Bundesanzeiger veröffentlicht.

Anläßlich der Einführung des Euro am 1. Januar 1999 gab die Bundesschuldenverwaltung bekannt, daß die genannten Fundierungsschuldverschreibungen nicht in Euro umgewandelt werden. Die deutschen Behörden werden jedoch ihre Methode für die Berechnung der Einlösungswerte dieser Schuldverschreibungen

für Zins- und Tilgungszahlungen ändern. Einzelheiten sind der Bekanntmachung der Bundesschuldenverwaltung im Bundesanzeiger Nr. 57 vom 24. März 1999 zu entnehmen.

Hinsichtlich der Anwendung der Währungssicherungsklausel der Young-Anleihe durch die Bundesschuldenverwaltung hat die Bank erneut ihre früheren Vorbehalte geltend gemacht, die im 50. Jahresbericht vom Juni 1980 dargelegt wurden und sich auch auf die Fundierungsschuldverschreibungen 1990–2010 erstrecken. Die Bank hat ferner darauf hingewiesen, daß die Einführung des Euro nichts an den besagten Vorbehalten ändert. Den Zahlungsagenten wurde geraten, entsprechende Vorsorgemaßnahmen zu treffen, um die Rechte der Schuldverschreibungsinhaber zu schützen.

Einzelheiten zu diesen Schuldverschreibungen und den Aufgaben der Bank finden sich im 63. Jahresbericht vom Juni 1993.

#### *Pfandhalter für brasilianische Anleihen*

Gemäß zweier Pfandbestellungsvereinbarungen vom 15. April 1994 ist die BIZ als Pfandhalter mit dem Halten und der Anlage von Sicherheiten betraut, die zugunsten der Inhaber bestimmter US-Dollar-Anleihen gestellt wurden. Diese Anleihen haben eine Laufzeit von 15 oder 30 Jahren und wurden von Brasilien im Rahmen der im November 1993 abgeschlossenen Umschuldungsvereinbarungen ausgegeben.

#### *Pfandhalter für peruanische Anleihen*

Im Rahmen von Vereinbarungen vom 7. März 1997 ist die BIZ als Pfandhalter mit dem Halten und der Anlage von Sicherheiten betraut, die zugunsten der Inhaber bestimmter US-Dollar-Anleihen gestellt wurden. Diese Anleihen haben eine Laufzeit von 20 oder 30 Jahren und wurden von Peru im Rahmen der im November 1996 abgeschlossenen Umschuldungsvereinbarungen ausgegeben.

#### *Pfandhalter für Anleihen von Côte d'Ivoire*

Im Rahmen von Vereinbarungen vom 31. März 1998 ist die BIZ als Pfandhalter mit dem Halten und der Anlage von Sicherheiten betraut, die zugunsten der Inhaber bestimmter Anleihen in US-Dollar und französischen Francs gestellt wurden. Diese Anleihen haben eine Laufzeit von 20 oder 30 Jahren und wurden von Côte d'Ivoire im Rahmen der im Mai 1997 abgeschlossenen Umschuldungsvereinbarungen ausgegeben.

### 3. Finanzhilfe für Zentralbanken

Im Rahmen eines internationalen Finanzhilfeprogramms, das gegen Ende 1998 für Brasilien zusammengestellt wurde, koordinierte die BIZ eine Kreditfazilität von bis zu US-\$ 13,28 Mrd. zugunsten des Banco Central do Brasil. Der überwiegende Teil der Mittel, die die BIZ unter dieser Fazilität bereitstellt, wird von 19 Mitgliedszentralbanken gedeckt oder garantiert. Eine parallele Fazilität von bis zu US-\$ 1,25 Mrd. wurde darüber hinaus von den japanischen Währungsbehörden gewährt. Die Inanspruchnahme beider Fazilitäten erfolgt im Zusammenhang mit brasilianischen Käufen im Rahmen einer IWF-Fazilität zur Stärkung von Währungsreserven.

Die BIZ-Fazilität wurde erstmals am 18. Dezember 1998 in Höhe von US-\$ 4,15 Mrd. in Anspruch genommen und ein zweites Mal am 9. April 1999 im Betrag von US-\$ 4,5 Mrd. Beide Male wurde auch die japanische Fazilität in einem entsprechenden Verhältnis beansprucht.

Im Rahmen ihrer normalen Geschäftstätigkeit gewährte die BIZ im Verlauf des Jahres verschiedenen Zentralbanken kurzfristige Kredite, die teils besichert, teils unbesichert waren.

#### 4. Tätigkeit der Bankabteilung

Am 31. März 1999 betrug die Bilanzsumme GFr. 66 237 Mio., was gegenüber dem Vorjahr (GFr. 62 450 Mio.) einer Zunahme um 6,1% oder GFr. 3 787 Mio. entspricht. Wechselkurseffekte trugen rund GFr. 650 Mio. zu dieser Zunahme bei, da sich der US-Dollar über das ganze Geschäftsjahr betrachtet gegenüber anderen Währungen geringfügig abgeschwächt hatte.

Vor dem Hintergrund der Finanzmarkturbulenzen im vergangenen Herbst weitete sich die Bilanzsumme erheblich aus und erreichte mit GFr. 89 466 Mio. im Dezember 1998 den höchsten je verzeichneten Stand. Die allgemeine Flucht in die Qualität zu dieser Zeit unterstrich die Bonität der BIZ. Als jedoch die Bedenken hinsichtlich des Kreditrisikos abnahmen, kehrte sich der Anstieg der Bilanzsumme im ersten Quartal 1999 weitgehend wieder um.

#### *Passiva*

Der Kundenkreis der BIZ umfaßt über 100 Zentralbanken und internationale Organisationen. Die BIZ setzte ihre Bemühungen zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit und des Umfangs ihrer Bankdienstleistungen fort und ergriff im Verlauf des Berichtsjahres mehrere Maßnahmen, um die Preise ihrer Finanzprodukte attraktiver zu gestalten; außerdem führte sie ein neues längerfristiges Instrument mit einer Laufzeit von bis zu fünf Jahren ein.

Am 31. März 1999 betragen die Gold- und Währungseinlagen (ohne Pensionsgeschäfte) insgesamt GFr. 60 898 Mio. (Vorjahr: GFr. 57 497 Mio.). Auf die Goldeinlagen, die um GFr. 281 Mio. auf GFr. 3 193 Mio. sanken, entfielen 5,2% der gesamten Fremdmittel (Vorjahr: 6%). Die Währungseinlagen erhöhten sich um GFr. 3 682 Mio.; ein Rückgang der Einlagen mit fester Laufzeit wurde durch vermehrte Anlagen in liquideren, handelsfähigen BIZ-Instrumenten mehr als wettgemacht. Die Höhe dieser Währungsanlagen schwankt häufig, da zum einen die Zentralbanken die Bankdienstleistungen der BIZ aktiv für die Verwaltung ihrer liquiden Mittel nutzen, zum anderen die BIZ bei unsicheren Marktverhältnissen als sicherer Hafen gilt. Der durchschnittliche Tagesumfang der Währungseinlagen war um 8,4% höher als im Geschäftsjahr 1997/98.

Im abgelaufenen Geschäftsjahr erhöhten sich die US-Dollar-Einlagen um 13,6%. Damit setzte sich der in den letzten Jahren beobachtete steigende Trend des US-Dollar-Anteils an den Fremdmitteln in Währungen fort, so daß am 31. März 1999 dieser Anteil 65,9% betrug (Vorjahr: 62,1%). Der Anteil des Euro bzw. der in ihm aufgehenden Währungen verringerte sich hingegen in derselben Zeit von 24,8% auf 20,2% der Fremdmittel.

Die Einlagen von Zentralbanken erhöhten sich von GFr. 50 468 Mio. auf GFr. 54 016 Mio. am 31. März 1999, was einem gegenüber dem Vorjahr praktisch unveränderten Anteil von 93,6% der gesamten Fremdmittel in Währungen entspricht. Die von anderen Einlegern (vorwiegend internationalen Organisationen) angelegten Mittel betragen GFr. 3 690 Mio. bzw. 6,4% der gesamten Fremdmittel (Vorjahr: GFr. 3 555 Mio. bzw. 6,6%).

### *Aktiva*

Die von Zentralbanken bei der BIZ gehaltenen Reserveaktiva sind größtenteils kurzfristig; bei der Verwaltung dieser Mittel achtet die Bank daher vorrangig auf einen hohen Grad an Liquidität. Die Bank führt ihre Geschäfte in sehr vorsichtiger Weise, um die Sicherheit der ihr anvertrauten Einlagen zu gewährleisten; Kreditrisiko, Fristentransformation und Wechselkursrisiko werden streng überwacht.

Die Währungsaktiva betragen am 31. März 1999 GFr. 62 189 Mio. und verzeichneten damit gegenüber dem Vorjahr (GFr. 58 032 Mio.) einen Anstieg um GFr. 4 157 Mio. Diese Fremdmittel sind in Form von Einlagen bei erstklassigen Finanzinstituten von internationalem Ruf sowie in kurzfristigen handelsfähigen Wertpapieren, einschließlich Schatzwechseln, angelegt. Die Bank gewährt außerdem Zentralbanken Kredit; Ende März 1999 standen Kredite im Gesamtbetrag von GFr. 2 550 Mio. aus, wovon der überwiegende Teil auf Mittel entfiel, die im Rahmen der von der BIZ koordinierten multilateralen Kreditfazilität zugunsten des Banco Central do Brasil vergeben wurden (s. oben, Abschnitt 3).

Die Goldaktiva der Bank gingen im Berichtsjahr von GFr. 4 159 Mio. auf GFr. 3 879 Mio. zurück, da die Goldeinlagen abnahmen.

Abgesehen von einem Bestand von 192 Tonnen Gold werden die eigenen Mittel der Bank hauptsächlich in liquiden Wertpapieren angelegt, die von den staatlichen Behörden der wichtigsten Industrieländer oder von erstklassigen supranationalen Institutionen begeben bzw. garantiert werden. Diese Anlagepolitik bewährte sich besonders während der Finanzmarkturbulenzen des vergangenen Jahres.

Die Bank verwendet ferner bestimmte Derivate, und zwar im wesentlichen, um ihre eigenen Mittel effizienter zu verwalten und Risiken bei den Fremdmitteln abzusichern (s. Anmerkung 8a zur Bilanz).

## 5. Der Reingewinn und seine Verwendung

Das am 31. März 1999 abgelaufene 69. Geschäftsjahr schloß mit einem Reingewinn von GFr. 303 618 800 (Vorjahr: GFr. 259 160 599). Die im Jahresverlauf hohe Bilanzsumme führte zu einem Anstieg der Erträge aus den Geschäften mit Fremdmitteln. Infolge des allgemeinen Rückgangs der längerfristigen Zinssätze an den wichtigsten Märkten sanken die Zinserträge aus der Anlage der eigenen Mittel geringfügig. Die generell niedrigeren Zinssätze führten jedoch auch zu großen realisierten Kapitalgewinnen in den Anlageportfolios der Bank, und die erhöhten Gewinne aus dem Wertpapierhandel trugen erheblich zur ausgewiesenen Gewinn-



steigerung bei. Der Reingewinn erhöhte sich ferner auch infolge des Beschlusses des Verwaltungsrats der Bank, die Zuweisung an die Rückstellung für Risiken im Bankgeschäft und andere Eventualfälle erneut zu senken.

Der Jahresgewinn ergibt sich nach Abzug von GFr. 66 762 397 für Verwaltungskosten (Vorjahr: GFr. 55 701 805). Von dem Anstieg der Verwaltungskosten gegenüber dem Vorjahresbetrag entfallen GFr. 6 016 352 auf den Posten „Abschreibungen“, der nach der Änderung des Rechnungslegungsverfahrens erstmals ausgewiesen wurde; danach werden die Grundstücke, die Gebäude und die Geschäftsausstattung der Bank nunmehr kapitalisiert und abgeschrieben. Ohne die Abschreibungen erhöhten sich die Verwaltungskosten der Bank um GFr. 5 044 240 oder 9,1%; dieser Anstieg ist aber teilweise Wechselkurseffekten zuzuschreiben. In Schweizer Franken – der Währung, in der die meisten Ausgaben der Bank anfallen – erhöhten sich die Kosten (ohne Abschreibungen) um 6,9%.

Gestützt auf Artikel 51 der Statuten empfiehlt der Verwaltungsrat der Generalversammlung, den Reingewinn von GFr. 303 618 800 wie folgt zu verwenden:

- i) GFr. 57 366 159 zur Zahlung einer Dividende von SFr. 320 je Aktie;
- ii) GFr. 49 250 528 zur Erhöhung des Allgemeinen Reservefonds;
- iii) GFr. 3 000 000 zur Erhöhung des Besonderen Dividenden-Reservefonds;
- iv) GFr. 194 002 113, den verbleibenden Betrag des verfügbaren Reingewinns, zur Erhöhung des Freien Reservefonds. Dieser Fonds kann vom Verwaltungsrat für jeden statutengemäßen Zweck herangezogen werden.

Bei Annahme der obengenannten Vorschläge wird die Dividende am 1. Juli 1999 an die Aktionäre gezahlt, die am 20. Juni 1999 im Aktienregister der Bank eingetragen sind.

Die Bilanz, die Gewinn- und Verlustrechnung sowie eine Aufstellung über die Veränderung des Aktienkapitals und der Reserven der Bank im abgelaufenen Geschäftsjahr finden sich am Ende dieses Berichts. Der Rechnungsabschluss wurde von der PricewaterhouseCoopers AG geprüft, die bestätigt hat, daß die Bilanz und die Gewinn- und Verlustrechnung sowie die dazugehörigen Anmerkungen auf S. 194ff. eine angemessene und getreue Darstellung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Bank am 31. März 1999 geben. Der Bericht der Buchprüfer folgt unmittelbar auf den Rechnungsabschluss.

## 6. Veränderungen im Verwaltungsrat

Bei seiner Sitzung vom 8. Februar 1999 wählte der Verwaltungsrat Urban Bäckström, Präsident der Sveriges Riksbank, mit Wirkung vom 1. März 1999 für die Dauer von drei Jahren zum Vorsitzenden des Verwaltungsrats und Präsidenten der Bank; zu diesem Zeitpunkt schied Alfons Verplaetse aus diesen Ämtern aus, da er als Gouverneur der Banque Nationale de Belgique in den Ruhestand trat.

Guy Quaden, der Alfons Verplaetse als Gouverneur der Banque Nationale de Belgique nachfolgte, wurde mit Wirkung vom 1. März 1999 Ex-officio-Mitglied des Verwaltungsrats.

Nachdem Philippe Wilmès im März 1999 aus dem Verwaltungsrat ausgeschieden war, berief Guy Quaden Alfons Verplaetse als Mitglied. Eddie George,

Gouverneur der Bank of England, verlängerte das Mandat von Lord Kingsdown als Verwaltungsratsmitglied gemäß Artikel 27.2 der Statuten bis Mai 2002.

Die Amtsdauer von Urban Bäckström als Mitglied des Verwaltungsrats gemäß Artikel 27.3 der Statuten lief am 31. März 1999 ab, und er wurde für weitere drei Jahre wiedergewählt.

Unter den Stellvertretern der Ex-officio-Mitglieder gab es drei Änderungen. Im September 1998 ernannte Hans Tietmeyer, Präsident der Deutschen Bundesbank, Jürgen Stark. Alan Greenspan, Vorsitzender des Board of Governors des Federal Reserve System, bestellte im November 1998 Karen H. Johnson, und Guy Quaden ernannte im März 1999 Jan Smets anstelle von Marcia De Wachter.

Die Bank erfuhr mit Bedauern vom Tod von René Larre am 1. Januar 1999 im Alter von 83 Jahren. René Larre war am 1. Mai 1971 als Generaldirektor zur Bank gekommen und hatte dieses Amt bis zu seiner Pensionierung im Februar 1981 innegehabt.

Robert D. Sleeper wurde mit Wirkung vom 1. Februar 1999 zum Leiter der Bankabteilung ernannt. Er folgte Malcolm Gill nach, der im März 1999 in den Ruhestand trat; er hatte der Bank seit Dezember 1991 angehört.

# Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung

vom 31. März 1999

# Bilanz vom 31. März 1999

(in Goldfranken, s. Anmerkung 2a zum Jahresabschluß)

1998	Aktiva	1999
	<b>Gold</b>	
3 037 168 543	Barren	2 801 471 476
<u>1 122 386 712</u>	Terminguthaben und Kredite	<u>1 077 182 612</u>
4 159 555 255		3 878 654 088
7 776 756	Kassenbestand und Sichtguthaben bei Banken	8 289 300
1 863 872 732	Schatzwechsel	7 314 049 359
	<b>Terminguthaben und Kredite in Währungen</b>	
25 267 793 274	bis zu 3 Monaten	21 413 790 799
<u>9 594 385 217</u>	von mehr als 3 Monaten	<u>11 009 185 563</u>
34 862 178 491		32 422 976 362
	<b>Mit Rückgabvereinbarung angekaufte Wertpapiere</b>	
2 696 998 195	bis zu 3 Monaten	276 014 585
<u>83 973 665</u>	von mehr als 3 Monaten	<u>—</u>
2 780 971 860		276 014 585
	<b>Staats- und andere Wertpapiere</b>	
3 024 906 378	bis zu 3 Monaten	4 658 672 728
<u>15 492 166 080</u>	von mehr als 3 Monaten	<u>17 509 173 124</u>
18 517 072 458		22 167 845 852
1	Grundstücke, Gebäude und Geschäftsausstattung	124 693 036
258 747 077	Verschiedenes	44 554 468
<u>62 450 174 630</u>		<u>66 237 077 050</u>

Nach Verwendung des Reingewinns		Vor Verwendung des Reingewinns	Nach
1998	Passiva	1999	
323 228 125	Eingezahltes Kapital	323 228 125	323 228 125
2 268 525 024	Reserven	2 359 389 062	2 605 641 703
247 188 455	Währungsumrechnungskonto	265 360 020	265 360 020
	Einlagen (Gold)		
3 010 120 795	Sicht	2 775 616 571	2 775 616 571
309 454 649	bis zu 3 Monaten	233 632 571	233 632 571
154 169 729	von mehr als 3 Monaten	183 327 484	183 327 484
3 473 745 173		3 192 576 626	3 192 576 626
	Einlagen (Währungen)		
3 388 447 478	Sicht	3 005 634 040	3 005 634 040
48 774 372 346	bis zu 3 Monaten	51 674 794 423	51 674 794 423
1 860 721 733	von mehr als 3 Monaten	3 025 353 687	3 025 353 687
54 023 541 557		57 705 782 150	57 705 782 150
	Mit Rücknahmevereinbarung veräußerte Wertpapiere		
30 730 705	bis zu 3 Monaten	121 452 148	121 452 148
256 984 348	Pensionssystem des Personals	–	–
1 773 681 784	Verschiedenes	1 965 670 119	1 965 670 119
	Gewinn- und Verlustrechnung	303 618 800	
52 549 459	Dividende, zahlbar am 1. Juli		57 366 159
62 450 174 630		66 237 077 050	66 237 077 050

# Gewinn- und Verlustrechnung

für das am 31. März 1999 abgeschlossene Geschäftsjahr  
(in Goldfranken)

	1998	1999
Zins- und Diskontertrag, sonstige Geschäftseinnahmen	3 823 693 826	4 050 134 509
Abzüglich: Zins- und Diskontaufwand	3 508 831 422	3 679 753 312
Nettozinsen und sonstige Geschäftseinnahmen	314 862 404	370 381 197
Abzüglich: Verwaltungskosten		
Verwaltungsrat	1 244 034	1 330 121
Direktion und Personal	39 425 067	40 819 397
Geschäfts- und Bürokosten	15 032 704	18 596 527
Abschreibungen	—	6 016 352
	55 701 805	66 762 397
Reingewinn für das Geschäftsjahr	259 160 599	303 618 800
<p>Der Verwaltungsrat empfiehlt der ordentlichen Generalversammlung, den Reingewinn für das am 31. März 1999 abgeschlossene Geschäftsjahr in Übereinstimmung mit Artikel 51 der Statuten wie folgt zu verwenden:</p>		
Dividende: 320 Schweizer Franken auf 517 165 Aktien (1998: 300 Schweizer Franken)	52 549 459	57 366 159
	206 611 140	246 252 641
Zuweisung an den Allgemeinen Reservefonds	41 322 228	49 250 528
	165 288 912	197 002 113
Zuweisung an den Besonderen Dividenden-Reservefonds	3 000 000	3 000 000
	162 288 912	194 002 113
Zuweisung an den Freien Reservefonds	162 288 912	194 002 113
	—	—

# Veränderung des eingezahlten Kapitals und der Reserven der Bank

während des am 31. März 1999 abgeschlossenen Geschäftsjahres  
(in Goldfranken)

## I. Eingezahltes Kapital

	Anzahl Aktien	Goldfranken
Aktien zu je 2 500 Goldfranken, eingezahlt zu 25%:		
Stand am 31. März 1998	517 165	323 228 125
Stand am 31. März 1999 laut Bilanz	517 165	323 228 125

## II. Entwicklung der Reservefonds

	Gesetzlicher Reservefonds	Allgemeiner Reservefonds	Besonderer Dividenden-Reservefonds	Freier Reservefonds	Reservefonds insgesamt
Stand am 31. März 1998 nach Verwendung des Reingewinns für das Geschäftsjahr 1997/98	32 322 813	1 016 326 624	62 530 055	1 157 345 532	2 268 525 024
Zuzüglich: Effekt der Änderung des Bilanzierungsverfahrens für Grundstücke, Gebäude und Geschäftsausstattung; s. Anmerkungen g) und l) zum Jahresabschluß	–	90 864 038	–	–	90 864 038
Stand am 31. März 1999 vor Verwendung des Reingewinns	32 322 813	1 107 190 662	62 530 055	1 157 345 532	2 359 389 062
Zuzüglich: Zuweisung in bezug auf das Geschäftsjahr 1998/99	–	49 250 528	3 000 000	194 002 113	246 252 641
Stand am 31. März 1999 laut Bilanz	32 322 813	1 156 441 190	65 530 055	1 351 347 645	2 605 641 703

## III. Dem eingezahlten Kapital und den Reservefonds per 31. März 1999 (nach Gewinnverwendung) standen gegenüber:

	Eingezahltes Kapital	Reservefonds	Kapital und Reserven zusammen
Nettoaktiva			
Gold	323 228 125	338 760 661	661 988 786
Währungen	–	2 266 881 042	2 266 881 042
Stand am 31. März 1999 laut Bilanz	323 228 125	2 605 641 703	2 928 869 828

# Anmerkungen zum Jahresabschluß

für das am 31. März 1999 abgeschlossene Geschäftsjahr

## 1. Einleitung

Die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ) ist eine internationale Finanzorganisation, die im Rahmen der Haager Abkommen vom 20. Januar 1930 gegründet wurde. Sie hat ihren Sitz in Basel, Schweiz. Gemäß Artikel 3 der Statuten sind die Aufgaben der BIZ: die Zusammenarbeit der Zentralbanken zu fördern, neue Möglichkeiten für internationale Finanzgeschäfte zu schaffen und als Treuhänder (Trustee) oder Agent bei internationalen Zahlungsgeschäften zu wirken. Derzeit sind 45 Zentralbanken Mitglieder der Bank; sie üben die Vertretungs- und Stimmrechte bei der Generalversammlung im Verhältnis zu der Anzahl der in ihrem Land begebenen BIZ-Aktien aus. Der Verwaltungsrat der Bank setzt sich aus den Präsidenten der Zentralbanken von Belgien, Deutschland, Frankreich, Italien, Japan, Kanada, den Niederlanden, Schweden, der Schweiz, den USA und dem Vereinigten Königreich zusammen; dazu werden sechs weitere Mitglieder aus diesen Ländern ernannt.

Der Abschluß für das Geschäftsjahr 1998/99 wird in einer Form vorgelegt, die vom Verwaltungsrat gemäß Artikel 49 der Statuten der Bank genehmigt wurde.

## 2. Wesentliche Rechnungslegungsverfahren

### a) *Recheneinheit und Währungsumrechnung*

Die Recheneinheit der Bank ist der Goldfranken, der US-\$ 1,941 49... entspricht. Nach Artikel 4 der Statuten der Bank entspricht der Goldfranken (abgekürzt GFr.) 0,290 322 58... Gramm Feingold. Bilanzposten, die Goldforderungen entsprechen, werden auf der Grundlage des Feingewichts in Goldfranken umgerechnet. Bilanzposten in US-Dollar werden auf der Grundlage eines Goldpreises von US-\$ 208 je Unze Feingold in Goldfranken umgerechnet (dieser Preis wurde vom Verwaltungsrat der Bank 1979 festgelegt und ergibt den Umrechnungsfaktor von 1 Goldfranken = US-\$ 1,941 49...). Auf andere Währungen lautende Bilanzposten werden zu den am Bilanzstichtag geltenden Kassamarktkursen in US-Dollar umgerechnet und die entsprechenden US-Dollar-Beträge in Goldfranken.

Wechselkursdifferenzen, die sich aus der Umrechnung von auf andere Währungen als den US-Dollar lautenden Aktiva und Passiva ergeben, werden über das Währungsumrechnungskonto verbucht.

Der Nettobetrag, der sich aus Wechselkursdifferenzen bei der Umrechnung von Devisentermingeschäften und Swaps ergibt, ist im Aktiv- oder Passivposten „Verschiedenes“ enthalten.



b) *Bewertungsgrundlage und Ermittlung des Ergebnisses*

Wenn nicht anders angegeben, wird die Bilanz der Bank auf der Basis der Einstandswerte erstellt; Ertrags- und Aufwandsposten werden nach dem Prinzip der Periodenabgrenzung verbucht. Gewinne und Verluste werden monatlich ermittelt und zu den jeweils am Monatsende geltenden Kassamarktkursen in US-Dollar und dann wie oben beschrieben in Goldfranken umgerechnet; die so ermittelten Monatsergebnisse werden für das Jahr vorgetragen.

Gewinne und Verluste aus Verkäufen von Wertpapieren des Anlagebestands werden über das Wertpapierausgleichskonto verbucht, das im Passivposten „Verschiedenes“ enthalten ist. Gewinne auf diesem Konto werden über einen Zeitraum über die Gewinn- und Verlustrechnung amortisiert, der der durchschnittlichen Restlaufzeit des Wertpapieranlageportfolios der Bank entspricht; ein Nettoverlust am Jahresende würde unverzüglich der Gewinn- und Verlustrechnung belastet.

c) *Gold*

Aktiva und Passiva in Gold werden auf der Grundlage ihres Feingewichts ausgewiesen.

d) *Schatzwechsel; Staats- und andere Wertpapiere*

Schatzwechsel sowie Staats- und andere Wertpapiere werden zum Einstandswert gegebenenfalls zuzüglich aufgelaufener Zinsen angegeben, berichtigt um die Amortisierung von Agios oder Disagios bis zur Fälligkeit. Diese Amortisierung ist in den Zins- und Diskonterträgen enthalten.

e) *Terminguthaben und Kredite in Währungen*

Terminguthaben und Kredite werden zu ihrem Nominalwert zuzüglich aufgelaufener Zinsen ausgewiesen.

f) *Mit Rückgabvereinbarung angekaufte Wertpapiere*

Wertpapiere, die mit Rückgabvereinbarung angekauft werden, werden zu dem Betrag ausgewiesen, der der Gegenpartei ausgezahlt wurde, zuzüglich aufgelaufener Zinsen.

g) *Grundstücke, Gebäude und Geschäftsausstattung*

Mit Wirkung vom 1. April 1998 hat die Bank ihr Bilanzierungsverfahren dahingehend geändert, daß Gebäude und Geschäftsausstattung kapitalisiert und linear über ihre geschätzte Nutzungsdauer wie folgt abgeschrieben werden:

Grundstücke: keine Abschreibung

Gebäude: 50 Jahre

Gebäudeeinrichtungen und -technik: 15 Jahre

Informatikausstattung: 4 Jahre

Sonstige Ausstattung: 4–10 Jahre

h) *Währungsumrechnungskonto*

Auf dem Währungsumrechnungskonto werden Wechselkursdifferenzen verbucht (s. oben, Abschnitt a); sie betreffen im wesentlichen jenen Teil der Eigenmittel der Bank, der in anderen Währungen als US-Dollar gehalten wird.

i) *Einlagen*

Einlagen sind Buchforderungen gegen die Bank und werden zu ihrem Nominalwert zuzüglich aufgelaufener Zinsen ausgewiesen. Bestimmte Forderungen werden mit einem Disagio auf den bei Fälligkeit der Einlage zahlbaren Betrag ausgegeben; in diesen Fällen erfolgt die Verbuchung wie bei den von der Bank gehaltenen Wertpapieren mit festem Rückzahlungstermin (s. oben, Abschnitt d).

j) *Mit Rücknahmevereinbarung veräußerte Wertpapiere*

Wertpapiere, die mit Rücknahmevereinbarung veräußert werden, werden zu dem von der Gegenpartei gezahlten Betrag zuzüglich aufgelaufener Zinsen ausgewiesen.

k) *Rückstellung für Risiken im Bankgeschäft und andere Eventualfälle*

Der Verwaltungsrat weist dieser Rückstellung, die im Passivposten „Verschiedenes“ enthalten ist, jedes Jahr einen Betrag zu.

l) *Änderung des Rechnungslegungsverfahrens im Geschäftsjahr 1998/99*

Zum 1. April 1998 wurden die Grundstücke, die Gebäude und die Geschäftsausstattung der Bank neu bewertet und in der Bilanz zu ihrem Einstandswert abzüglich der kumulierten Abschreibungen für die Jahre, in denen diese Aktiva gehalten wurden, eingesetzt. Die Änderung hatte zur Folge, daß sich der in der Bilanz ausgewiesene Wert der Grundstücke, der Gebäude und der Geschäftsausstattung um GFr. 90,9 Mio. erhöhte; dieser Betrag kam zu den Reserven der Bank hinzu (s. auch die Tabelle „Veränderung des eingezahlten Kapitals und der Reserven der Bank“). Darüber hinaus enthält die Gewinn- und Verlustrechnung der Bank mit Wirkung vom Geschäftsjahr 1998/99 einen Aufwandsposten „Abschreibungen“ anstelle der früheren Zuweisungen an die zweckbestimmten Rückstellungen.

Die nicht verwendeten Beträge der Rückstellung für Bauvorhaben sowie der Rückstellung für die Gebäudemodernisierung und die Erneuerung der Geschäftsausstattung wurden 1998/99 der Rückstellung für außerordentliche Verwaltungskosten gutgeschrieben.

# Anmerkungen zur Bilanz

für das am 31. März 1999 abgeschlossene Geschäftsjahr

## 1. Goldbestände

Die Goldbestände der Bank setzen sich wie folgt zusammen:

Aktiva	1998	1999
Bei Zentralbanken gehaltene Goldbarren	3 037 168 543	2 801 471 476
Termineinlagen in Gold		
bis zu 3 Monaten	438 825 618	274 154 547
von mehr als 3 Monaten	683 561 094	803 028 065
	<u>4 159 555 255</u>	<u>3 878 654 088</u>

Die eigenen Goldbestände der Bank betragen GFr. 662,0 Mio. am 31. März 1999, was 192 Tonnen Feingold entsprach (1998: GFr. 662,0 Mio.; 192 Tonnen).

## 2. Schatzwechsel

Die Bank verfügte über folgende Bestände:

	1998	1999
Buchwert	<u>1 863 872 732</u>	<u>7 314 049 359</u>

Der Marktwert der Schatzwechsel betrug am 31. März 1999 GFr. 7 319,2 Mio. (1998: GFr. 1 863,6 Mio.).

## 3. Staats- und andere Wertpapiere

Die Bank verfügte über folgende Bestände:

	1998	1999
Buchwert	<u>18 517 072 458</u>	<u>22 167 845 852</u>

Der Marktwert der Staats- und anderen Wertpapiere betrug am 31. März 1999 GFr. 22 331,4 Mio. (1998: GFr. 18 623,8 Mio.).

#### 4. Grundstücke, Gebäude und Geschäftsausstattung

	Grundstücke & Gebäude	IT & sonstige Ausstattung	Insgesamt
Einstandswert:			
Anfangsstand am 1. April 1998	101 585 513	38 117 021	139 702 534
Investitionen	29 925 031	7 793 648	37 718 679
Wechselkursberichtigungen	2 377 877	892 230	3 270 107
Einstandswert am 31. März 1999	133 888 421	46 802 899	180 691 320
Abschreibungen:			
Kumulierte Abschreibungen am 1. April 1998	26 665 183	22 173 313	48 838 496
Abschreibungen für das laufende Jahr	2 069 321	3 947 031	6 016 352
Wechselkursberichtigungen	624 169	519 267	1 143 436
Kumulierte Abschreibungen	29 358 673	26 639 611	55 998 284
Nettobuchwert am 31. März 1999	104 529 748	20 163 288	124 693 036

Der Einstandswert der Grundstücke der Bank betrug am 31. März 1999 GFr. 26 610 450 (1. April 1998: GFr. 19 566 319). Während des Geschäftsjahres erwarb die Bank eine weitere Liegenschaft in Basel, die hauptsächlich von der Bankabteilung genutzt werden wird.

#### 5. Kapital

Das Aktienkapital der Bank setzt sich wie folgt zusammen:

	1998	1999
Genehmigtes Kapital 600 000 Aktien zu je 2 500 Goldfranken	1 500 000 000	1 500 000 000
Begebenes Kapital: 517 165 Aktien eingezahlt zu 25%	1 292 912 500 323 228 125	1 292 912 500 323 228 125

#### 6. Reserven

Die Reserven der Bank setzen sich wie folgt zusammen:

	1998	1999
Gesetzlicher Reservefonds	32 322 813	32 322 813
Allgemeiner Reservefonds	1 016 326 624	1 156 441 190
Besonderer Dividenden-Reservefonds	62 530 055	65 530 055
Freier Reservefonds	1 157 345 532	1 351 347 645
	2 268 525 024	2 605 641 703

Die jährlichen Zuweisungen an die verschiedenen Reservefonds sind in Artikel 51 der Statuten der Bank geregelt (s. auch Tabelle „Entwicklung der Reservefonds“).

## 7. Einlagen

Die Goldeinlagen bei der Bank stammen ausschließlich von Zentralbanken. Die bei der Bank gehaltenen Währungseinlagen setzen sich wie folgt zusammen:

	1998	1999
Zentralbanken		
Sicht	3 323 820 195	2 890 343 276
bis zu 3 Monaten	45 283 968 982	48 100 323 078
von mehr als 3 Monaten	1 860 469 306	3 025 353 687
Andere Einleger		
Sicht	64 627 283	115 290 764
bis zu 3 Monaten	3 490 403 364	3 574 471 345
von mehr als 3 Monaten	252 427	–
	<u>54 023 541 557</u>	<u>57 705 782 150</u>

## 8. Außerbilanzielle Posten

### a) *Derivate*

Im Rahmen ihres normalen Geschäfts tätigt die Bank außerbilanzielle Finanztransaktionen, u.a. Devisentermingeschäfte, Währungs- und Zinsswaps, Forward Rate Agreements, Futures und Optionen. Diese Instrumente werden zur Absicherung der Zins- und Währungsrisiken der Bank bei ihren Aktiva und Passiva sowie zur Steuerung der Duration ihrer liquiden Aktiva eingesetzt. Bei der Beurteilung von außerbilanziellen Engagements wendet die Bank dieselben Bonitätskriterien an wie bei allen anderen Anlagen.

### Nominalbetrag

(in Mio. Goldfranken)	1998	1999
Währungskontrakte		
Devisenswaps und -termingeschäfte	12 040,5	10 470,4
Währungsswaps	2 054,4	2 796,1
Zinskontrakte		
Zinsswaps	5 689,5	7 222,0
Forward Rate Agreements und Futures	4 928,4	5 987,8

Der Nominalwert oder Kontraktwert der verschiedenen Derivate zeigt den Umfang der Aktivitäten der Bank an den verschiedenen Märkten an, er gibt jedoch keinen Hinweis auf das mit den Geschäften der Bank verbundene Kredit- oder Marktrisiko. Der Brutto-Wiederbeschaffungswert sämtlicher Kontrakte, die zu aktuellen Marktwerten einen Gewinn auswiesen, belief sich zum 31. März 1999 auf GFr. 484,1 Mio. (1998: GFr. 499,7 Mio.).

b) *Treuhandgeschäfte*

Treuhandgeschäfte werden nicht in der Bilanz ausgewiesen, da sie zwar im Namen der Bank, aber im Auftrag und auf Risiko von Kunden ausgeführt werden.

(in Mio. Goldfranken)	1998	1999
Nominalwert der für Kunden verwahrten Wertpapiere	7 660,2	7 167,8
Für verschiedene Einleger verwahrtes Gold	930,8	671,2

c) *Pensionssystem und Sparsystem des Personals*

In früheren Jahren wurden die Verbindlichkeiten des Pensionssystems in der Bilanz der Bank als Passivposten „Pensionssystem des Personals“ ausgewiesen, während diejenigen des Sparsystems im Passivposten „Verschiedenes“ enthalten waren. Am 1. Oktober 1998 trat ein neues Pensionsregulativ in Kraft, und die Aktiva und Passiva beider Systeme wurden aus der Bilanz der Bank herausgenommen und zwei gesonderten Fonds zugewiesen. Ziel dieser Änderungen war, das Pensionssystem zu modernisieren und die Verwaltung der Aktiva des Pensions- und des Sparsystems getrennt von den Aktiva der Bank zu erleichtern. Die beiden neuen Fonds sind mit Treuhandfonds vergleichbar und haben keine eigene Rechtspersönlichkeit. Ihre Aktiva werden von der Bank zum alleinigen Nutzen der derzeitigen und ehemaligen Personalmitglieder verwaltet, die dem Pensionssystem und dem Sparsystem angeschlossen sind; sämtliche Zahlungen im Rahmen dieser Systeme werden dem betreffenden Fonds belastet. Bestimmte Aktiva, die vorher für die Verbindlichkeiten des Pensions- und des Sparsystems bereitgestellt worden waren (in Höhe von GFr. 293,2 Mio. bzw. GFr. 24,5 Mio.), wurden am 1. Oktober 1998 an die neuen Fonds übertragen.

Die Bank hat sich verpflichtet, einen Deckungsgrad von mindestens 105% für beide Fonds aufrechtzuerhalten, und sie haftet letztlich für alle Leistungen im Rahmen des Pensions- und des Sparsystems. Der Anteil der Bank an den Beiträgen zu den Fonds ist in ihren Verwaltungskosten enthalten.

Am 31. März 1999 betrug der Marktwert der Aktiva des Pensionsfonds GFr. 295,5 Mio., was einem Deckungsgrad von 127% gegenüber dem zuletzt ermittelten versicherungsmathematischen Betrag der Verpflichtungen des Fonds entsprach. Der Marktwert der Aktiva des Sparfonds betrug am 31. März 1999 GFr. 25,8 Mio., was einem Deckungsgrad von 109% entsprach. Der erste Jahresabschluß des Pensions- und des Sparfonds wird für das Jahr erstellt, das am 30. September 1999 endet.

# Bericht der Buchprüfer

Bericht der Buchprüfer  
an den Verwaltungsrat und die Generalversammlung  
der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich, Basel

Wir haben die beiliegende Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich einschließlich der Anmerkungen dazu geprüft. Die Bilanz und die Gewinn- und Verlustrechnung sind von der Direktion der Bank in Übereinstimmung mit den Statuten und den in den Anmerkungen unter „Wesentliche Rechnungslegungsverfahren“ wiedergegebenen Bewertungsgrundsätzen erstellt worden. Gemäß den Statuten der Bank besteht unsere Aufgabe darin, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine unabhängige Beurteilung der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung abzugeben und Ihnen darüber Bericht zu erstatten.

Unsere Abschlußprüfung umfaßte die stichprobenweise Prüfung von Nachweisen für die in der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung enthaltenen Zahlen und sonstigen Angaben. Wir haben alle erbetenen Auskünfte und Erklärungen erhalten, die wir benötigten, um festzustellen, daß die Bilanz und die Gewinn- und Verlustrechnung frei von wesentlichen Fehlern sind. Wir sind der Ansicht, daß die von uns durchgeführten Prüfungshandlungen eine angemessene Grundlage für die Abgabe unseres Prüfberichts bilden.

Nach unserer Auffassung sind die Bilanz und die Gewinn- und Verlustrechnung der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich, einschließlich der Anmerkungen dazu, ordnungsgemäß erstellt worden und vermitteln für das am 31. März 1999 abgeschlossene Geschäftsjahr eine angemessene und getreue Darstellung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage; damit entsprechen sie den Statuten der Bank.

PricewaterhouseCoopers AG

Ralph R. Reinertsen

John K. Fletcher

Basel, 27. April 1999

# Fünffjahresüberblick über die Bilanz

(in Mio. Goldfranken)

Geschäftsjahr abgeschlossen am 31. März	1995	1996	1997	1998	1999
<b>Gold</b>					
<i>Barren</i>	4 373,4	4 364,2	3 547,3	3 037,1	2 801,5
<i>Terminguthaben und Kredite</i>	541,8	637,3	956,7	1 122,4	1 077,2
	4 915,2	5 001,5	4 504,0	4 159,5	3 878,7
Kassenbestand und Sichtguthaben bei Banken	9,8	9,8	384,4	7,8	8,3
Schatzwechsel	5 483,1	4 105,7	2 813,4	1 863,9	7 314,0
Terminguthaben und Kredite in Währungen	42 478,7	37 328,1	42 355,1	34 862,2	32 423,0
Mit Rückgabvereinbarung angekaufte Wertpapiere	2 988,7	1 652,2	884,2	2 781,0	276,0
Staats- und andere Wertpapiere	9 332,8	10 488,1	15 651,1	18 517,1	22 167,9
Grundstücke, Gebäude und Geschäftsausstattung	–	–	–	–	124,7
Verschiedene Aktiva	19,2	32,8	200,8	258,7	44,5
<b>Aktiva insgesamt</b>	<b>65 227,5</b>	<b>58 618,2</b>	<b>66 793,0</b>	<b>62 450,2</b>	<b>66 237,1</b>
<b>Eingezahltes Kapital</b>	<b>295,7</b>	<b>295,7</b>	<b>323,2</b>	<b>323,2</b>	<b>323,2</b>
<b>Reserven (nach Zuweisung des Reingewinns)</b>					
<i>Gesetzlicher Reservefonds</i>	30,1	30,1	32,3	32,3	32,3
<i>Allgemeiner Reservefonds</i>	764,9	803,3	974,9	1 016,3	1 156,4
<i>Besonderer Dividenden-Reservefonds</i>	53,5	56,5	59,5	62,5	65,5
<i>Freier Reservefonds</i>	807,0	893,6	995,1	1 157,4	1 351,4
	1 655,5	1 783,5	2 061,8	2 268,5	2 605,6
Währungsumrechnungskonto	449,5	373,5	351,1	247,2	265,4
<b>Einlagen</b>					
<i>Gold</i>	4 157,0	4 245,0	3 836,4	3 473,7	3 192,6
<i>Währungen</i>	56 549,0	49 649,2	57 585,6	54 023,6	57 705,8
	60 706,0	53 894,2	61 422,0	57 497,3	60 898,4
Mit Rücknahmvereinbarung veräußerte Wertpapiere	385,4	376,6	674,8	30,7	121,5
Pensionssystem des Personals	271,0	283,1	252,6	257,0	–
Verschiedene Passiva	1 411,0	1 558,3	1 658,7	1 773,7	1 965,6
Dividende	53,4	53,3	48,8	52,6	57,4
<b>Passiva insgesamt</b>	<b>65 227,5</b>	<b>58 618,2</b>	<b>66 793,0</b>	<b>62 450,2</b>	<b>66 237,1</b>



# Fünfjahresüberblick über die Gewinn- und Verlustrechnung

(in Mio. Goldfranken)

Geschäftsjahr abgeschlossen am 31. März	1995	1996	1997	1998	1999
Nettozinsen und sonstige Geschäftseinnahmen	229,3	254,3	263,8	314,9	370,4
Abzüglich: Verwaltungskosten					
<i>Verwaltungsrat</i>	1,2	1,5	1,3	1,3	1,3
<i>Direktion und Personal</i>	40,2	46,6	42,9	39,4	40,9
<i>Geschäfts- und Bürokosten</i>	17,4	18,3	16,3	15,0	18,6
<i>Abschreibungen</i>	–	–	–	–	6,0
	58,8	66,4	60,5	55,7	66,8
Geschäftsertrag	170,5	187,9	203,3	259,2	303,6
Abzüglich: Zuweisungen an					
<i>Rückstellung für außerordentliche Verwaltungskosten</i>	3,4	3,5	3,0	–	–
<i>Rückstellung für die Gebäudemodernisierung und die Erneuerung der Geschäftsausstattung</i>	4,7	3,1	6,0	–	–
	8,1	6,6	9,0	–	–
Reingewinn für das Geschäftsjahr	162,4	181,3	194,3	259,2	303,6
Dividende	53,4	53,3	48,8	52,6	57,4
	109,0	128,0	145,5	206,6	246,2
Zuweisung an den Allgemeinen Reservefonds	32,7	38,4	41,0	41,3	49,2
	76,3	89,6	104,5	165,3	197,0
Zuweisung an den Besonderen Dividenden-Reservefonds	3,0	3,0	3,0	3,0	3,0
	73,3	86,6	101,5	162,3	194,0
Zuweisung an den Freien Reservefonds	73,3	86,6	101,5	162,3	194,0
	–	–	–	–	–

## Verwaltungsrat

Urban Bäckström, Stockholm  
Vorsitzender des Verwaltungsrats,  
Präsident der Bank

Lord Kingsdown, London  
Stellvertretender Vorsitzender

Vincenzo Desario, Rom  
Antonio Fazio, Rom  
Edward A. J. George, London  
Alan Greenspan, Washington  
Hervé Hannoun, Paris  
Masaru Hayami, Tokio  
William J. McDonough, New York  
Hans Meyer, Zürich  
Guy Quaden, Brüssel  
Helmut Schlesinger, Frankfurt a.M.  
Gordon G. Thiessen, Ottawa  
Hans Tietmeyer, Frankfurt a.M.  
Jean-Claude Trichet, Paris  
Alfons Verplaetse, Brüssel  
Nout H.E.M. Wellink, Amsterdam

### *Stellvertreter*

Jean-Pierre Patat oder  
Marc-Olivier Strauss-Kahn, Paris  
Ian Plenderleith oder  
Clifford Smout, London  
Jean-Jacques Rey oder  
Jan Smets, Brüssel  
Alice M. Rivlin oder  
Karen H. Johnson, Washington  
Carlo Santini oder  
Stefano Lo Faso, Rom  
Jürgen Stark oder  
Helmut Schieber, Frankfurt a.M.

## Oberste Führungsebene der Bank

Andrew Crockett	Generaldirektor
André Icard	Beigeordneter Generaldirektor
Gunter D. Baer	Generalsekretär, Abteilungsleiter
William R. White	Volkswirtschaftlicher Berater, Leiter der Währungs- und Wirtschaftsabteilung
Robert D. Sleeper	Leiter der Bankabteilung
Marten de Boer	Direktor, Buchhaltung und Budget
Renato Filosa	Direktor, Währungs- und Wirtschaftsabteilung
Mario Giovanoli	Rechtsberater, Direktor
Guy Noppen	Direktor, Generalsekretariat
Günter Pleines	Stellvertretender Leiter der Bankabteilung

